



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Gerhard Langemeyer
über StA 01

im Hause

Haushaltsberatungen

11.12.02

Anträge zum Haushalt 2002/2003 Haupt- und Finanzausschuss und Rat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Veränderungen, die seit der Einbringung des Haushaltsplanes und des Haushaltssicherungskonzeptes vorgenommen worden sind, machen deutlich, dass die Einnahmeerwartungen auf Annahmen über das Ergebnis von Entscheidungsprozessen auf Bundesebene basieren, die noch nicht abgeschlossen sind. Insofern ist der Haushalt mehr denn je von Zuwendungen abhängig, auf die kein Einfluss genommen werden kann und deren Höhe und/oder der Zeitpunkt der Verfügbarkeit letztlich nicht feststeht. Vor diesem Hintergrund ist die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsplanentwurfes fraglich – mindestens aber ist die Darstellung des Haushaltes im Jahr 2007 eher eine Jonglage mit Zahlen, als ein seriöses Haushaltssicherungskonzept. Dies wird an den bisherigen Bemühungen um die Erschliessung von Einsparpotentialen durch Massnahmen der sogenannten Infrastrukturrevision in besonderer Weise deutlich.

Auch wenn sich die Kommunen nicht aus eigener Kraft aus der Verschuldungsmisere lösen können, fehlen aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommunal verantwortete Haushaltskonsolidierungsbemühungen, die kurz- und langfristig die Einnahmeseite verbessern und damit die Umsetzung wesentlicher kommunalpolitischer bedeutsamer Projekte ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, folgende Anträge einzeln zur Beratung und Abstimmung zu stellen: Haushaltssicherung 2003 – 2007

1. Zur Erzielung von gesicherten kommunalen Mehreinnahmen, beschliesst der Rat eine massvolle, vergleichbaren Kommunen angepasste Erhöhung des Gewerbesteuersatzes auf 470 Punkte und eine Anhebung der Grundsteuer B auf 490 Punkte.
2. Als Konsequenz aus der Umsetzung des Hartz-Konzeptes beschliesst der Rat die Auflösung der Dortmunder Dienste GmbH zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Die



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Auflösung erfolgt schrittweise in Anpassung an die tatsächlich erfolgte Realisierung von Maßnahmen des Hartz-Konzeptes, die den Wegfall der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft kompensieren.

3. Der Rat beschließt, die Voraussetzungen für die Kürzung der Investitions- und Betriebskostenzuschüsse an städtische Beteiligungsgesellschaften zu prüfen. Bei den infrage kommenden Gesellschaften wird der städtischen Zuschuss jeweils um 5 % gekürzt.

Projekte der sozialen und ökologischen Stadtentwicklung

1. Kinderbetreuung

Der Rat sieht die Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche als vordringliche Aufgabe an und fordert die Verwaltung auf, die Voraussetzungen für die Erhöhung der Betreuungsquote auf mindestens 20 % bei den 0-3-jährigen und für eine bedarfsgerechte Ausweitung der Schulkinderbetreuung zu schaffen. Dazu sollen folgende Maßnahmen eingeleitet werden:

- Der Rat fordert die Verwaltung auf, eine Konzeption für den Ausbau der Schulkinderbetreuung in Dortmund umgehend nach Veröffentlichung der Landesrichtlinien zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen. Die Rahmenbedingungen zum Ausbau der Schulkinderbetreuung orientieren sich an den Rahmenbedingungen der Hortplätze im Hinblick auf den zeitlichen Betreuungsumfang, die Ferienbetreuung, die Verpflegungssituation, die räumliche Situation und die Gruppengröße. Dazu ist ein pädagogisches Rahmenkonzept zu erarbeiten, an dessen Konzeption die Beteiligung von Eltern ermöglicht wird.
- Der Rat fordert die Verwaltung auf, die Voraussetzungen für den geplanten Ausbau der Schulstandorte zugunsten der Ausweitung von Betreuungsangeboten zu prüfen und die notwendigen Investitionen darzustellen. Dazu ist zu ermitteln, wie sich der Gebäudebestand und der entsprechende Raumbestand im Verhältnis zu den jeweiligen Bedarfen darstellt und welche Investitionen erforderlich sind, um die Voraussetzungen für ein qualitativ gutes Betreuungsangebot (einschließlich Mittagessen) zu schaffen.
- Der Rat fordert die Verwaltung auf, ein Trägermodell für die Entwicklung von Ganztagsangeboten in der Schulkinderbetreuung zu entwickeln, das einheitliche Rahmenbedingungen in Dortmund sicherstellt.
- Der Rat fordert die Verwaltung auf, baldmöglichst den für die Schaffung eines nachfrageorientierten und qualifizierten Betreuungsangebotes notwendigen Finanzbedarf darzustellen. Die Ermittlung des Finanzbedarfes soll unabhängig von der Höhe sowie Art und Weise der Verteilung von Fördermitteln durch das Land erfolgen.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

- Der Rat fordert die Verwaltung auf, ein Konzept zum Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder von 0-3 Jahren umgehend zu entwickeln und den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen. Dabei ist an der Konzeption der altersgemischten Gruppen festzuhalten.
- Der Rat fordert die Verwaltung auf, die Übertragung von städtischen Kindertageseinrichtungen an freie Träger und Elterninitiativen zu prüfen und ein Modell für die Überleitung von Einrichtungen zu entwickeln.
- Der Rat fordert die Verwaltung auf, in Zusammenarbeit mit dem VFFR und anderen in Frage kommenden Trägern die Angebote der Tagesmütterbetreuung in Dortmund auszubauen und zu qualifizieren. Dazu ist die Einrichtung einer Dienstleistungsagentur für diesen Bereich in Dortmund zu prüfen.

2. Umsetzung des Masterplanes Mobilität

Ausgehend von dem im Rahmen der Erarbeitung des Masterplan Mobilität verabschiedeten Leitbild beschliesst der Rat Leitprojekte, die bis zum Jahr 2007 vordringlich verfolgt und für die gegebenenfalls eine Umschichtung von Personal und eine Aufstockung bzw. Umschichtung von Mitteln vorgesehen werden:

- Schaffung von gleichen Mobilitätschancen für alle VerkehrsteilnehmerInnen durch Mobilitätsalternativen auf allen Wegen
- Sicherung und Entwicklung stadträumlicher Umweltqualitätsziele
- Veränderung des Modal-Split zu Gunsten des Umweltverbundes

Zur Umsetzung dieser Leitprojekte beschliesst der Rat die Durchführung folgender konkreter Massnahmen:

- Regelmässige von der Stadt koordinierte Kampagnen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilitätskultur
- Entwicklung und Umsetzung eines mittel- und langfristigen „Handlungskonzeptes Radverkehr“.
- Umschichtung von Infrastrukturinvestitionen vom Strassenbau zum Radverkehr bei weiterer Förderung des öffentlichen Verkehrs.
- Beschleunigte Umsetzung der Lärminderungsplanung durch Verkehrslenkungsmassnahmen

Der Rat beschliesst, für die weitere Entwicklung dieser Massnahmen 1 Million €zusätzlich zur Verfügung zu stellen.



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Verwaltungsstrukturreform zum effektiven Einsatz von personellen Ressourcen und einer mittel- bis langfristigen Verschlankeung der Verwaltung

Der Rat stellt fest, dass durch die Massnahmen der Infrastrukturrevision nicht die von der Verwaltung prognostizierten Einsparpotenziale erzielt werden konnten. Vor diesem Hintergrund spricht sich der Rat für eine Beschleunigung der Verwaltungsstrukturreform aus, die sowohl organisatorische Veränderungen als auch eine zukünftig aufgabenbezogene Budgetierung vorsieht.

Für die fachbereichsübergreifende Festlegung von Aufgaben wird der Verwaltungsvorstand aufgefordert, dem Rat entsprechende Leitvorschläge und ein personal- und finanzressourcenschonendes Umsetzungskonzept vorzulegen.

Zur Konkretisierung dieser notwendigen Reformen beschließt der Rat folgende Schritte:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Produktpläne aller Fachbereiche im Hinblick auf mögliche Schnittstellen und Synergieeffekte zu überprüfen und Aufgabenbereiche neu zu ordnen. Dieser Prozess wird von den politischen Gremien und von der Personalvertretung aktiv begleitet.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Voraussetzungen für die Zusammenführung bzw. Umstrukturierung folgender Verwaltungseinheiten zu schaffen:
 - Zusammenführung des Sozial- und Gesundheitsamtes
 - Zusammenführung Jugendamt und Schulverwaltungsamt
 - Neuorganisation der Wahrnehmung wohnungspolitischer Aufgaben
 - Verlagerung des Stadtbahnbauamtes zu den Stadtwerken.
 - Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung in den Bezirksverwaltungsstellen durch zunehmende Etablierung von E-Government
 - Reduzierung der Anzahl der Dezernate

Aktuelle haushaltsrelevante Projekte

1. Optimierung Krisenversorgung

Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb des Rahmens aller bereits bestehenden Hilfesysteme ein Handlungskonzept zur Optimierung der Krisenversorgung psychiatrischer und psychosozialer Krisen in Dortmund zu erstellen. Dazu sind existierende Hilfeangebote freier Träger und ehrenamtliche Trägerstrukturen ebenso einzubeziehen wie ambulante und



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

stationäre Angebote. Die Optimierung der Krisenversorgung soll haushaltsneutral unter Veranschlagung existierender Kosten- und Finanzierungsansätze erfolgen.

2. Dortmund-project

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt, die im dortmund-project bis zum 31.12.2002 nicht verausgabten Mittel aus dem Budget 2002 in Höhe der seit 2000 erfahrungsgemäß 2 Mio € in den Haushalt der Stadt Dortmund zurückzuführen. Verpflichtungen, die in 2002 für den Zeitraum 2003 z.B. für start2grow-Wettbewerbe eingegangen werden, sollen aus dem Budget 2003 finanziert werden.

Die Laufzeit von 10 Jahren für das dortmund-project verkürzt sich aus heutiger Sicht auf voraussichtlich 9,5 Jahre. Sollte es der Rat im Jahr 2009 mit Blick sowohl auf die Erfolgsbilanz des dortmund-projects wie auch auf die dann bestehende Haushaltslage der Stadt Dortmund für sinnvoll erachten, kann er die notwendigen Budgetmittel für das dann noch fehlende halbe Jahr wieder zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Daniela Schneckenburger

f.d.R. Petra Kesper